

Politische Entscheidungsfindung: Vom Streit zum Konsens?

Unsere Gesellschaft ist so offen vielfältig und heterogen wie noch nie. Dies spiegelt sich auch in der breiten Masse an politischen Meinungen wider, die heutzutage über die sozialen Medien geteilt und verbreitet werden. Für alle zugänglich, lesbar und kommentierbar, entstehen somit online viele (oft sehr hitzige) Diskussionen, die dann auch im realen Leben weiter- und ausgetragen werden. Bei einer so ausgeprägten öffentlichen Meinungskultur, in der die eigene Meinung stets die richtige zu sein scheint und es schnell zu großer Empörung kommt, stellt sich unweigerlich die Frage: Verständigung oder Verzicht auf Konsens — wie kann politische Entscheidungsfindung funktionieren?

Auch bezüglich dieser Frage gehen die Meinungen weit auseinander; Die einen sehen politischen Konsens, die anderen strikte Radikalität ohne jede Kompromissbereitschaft als die einzig richtige Lösung an. Nur dass es politische Meinungsverschiedenheiten, politischen Streit geben muss, da sind sich alle einig. Doch wann ist dieser produktiv und bringt die Entscheidungsfindung voran, wann dient er lediglich der Empörungskultur der heutigen Zeit?

Der produktive politische Streit hört da auf, wo empathieloser Hass anfängt. Schauplatz für eine solche destruktive Streitkultur sind unter anderem die sozialen Medien. Eine Hassnachricht jagt die nächste, was von den sozialen Medien auch noch durch ihr Konzept an sich, also die schnelle Verbreitung von Beiträgen, angefeuert von Likes, belohnt wird.

Der Deutschlandfunk Nova führt in dem Feature „Soziale Netzwerke belohnen Empörungs-Posts“, das 2021 ausgestrahlt wurde, eine Studie der Yale University an, die dieses Phänomen bestätigt. Es zeigte sich, dass besonders moderate Nutzer durch das Like- und Teil-System mit der Zeit immer empörter wurden und sich so die „gemäßigte[n] Gruppen mit der Zeit immer mehr radikalisierten“, so Deutschlandfunk Nova. Das bedeutet, dass es umso wichtiger ist, in der Politik Kompromissbereitschaft zu signalisieren und als Politiker in dieser Hinsicht als Vorbild zu dienen. Um diese Vorbildfunktion kommen „Politiker [...], Medien und all jene [...] Menschen von eminenter Bedeutung“ laut Paul Sailer-Wlasits gar nicht herum. In seinem Beitrag „Die Metastasen des Hasses“, der 2019 erschienen ist, erklärt er, dass diese „als gesellschaftliche Multiplikatoren wirken“ und sich dieser Rolle durchaus bewusst sind. Auch wenn die Versuchung, mit ein paar bewusst angreifenden Worten und einem stark emotionalisierten Beitrag online eine große Diskussion auszulösen und somit die Aufmerksamkeit potenzieller Wähler zu erhaschen, noch so verlockend ist, sollten wenigstens die Politiker, deren Beruf es unter anderem ist, stellvertretend für die Bürger politische Entscheidungen zu treffen, sich von der absoluten Meinungsvertretung, durch die Respekt und Empathie für den politischen Gegner verlorengehen, zum Kompromiss und Konsens offen ‚bekennen‘. Denn wie Herbert Prantl in seinem 2016 erschienenen Artikel „Ein Hoch auf den Kompromiss“ schon formulierte, ist [d]er Kompromiss [...] in der parlamentarischen Demokratie die vernünftige Art des Interessenausgleichs und des Dissens-Managements; [...] [e]r gehört zum Wesen der Demokratie“ und ist eben kein schwaches Einknicken oder Zeichen der Meinungsheuchelei.

Dass Politiker und Parteien, wie es ihr politisches sprachliches Handeln automatisch von ihnen verlangt, auch der Funktion der Imagebildung gerecht werden müssen, ist verständlich. Allerdings ist es fraglich, ob wüste Beschimpfungen im Bundestag, die denen eines trotziges Kindes gleichen, das

in der Quengelzone von seiner Mutter nicht das bekommt, was es doch so unbedingt und jetzt sofort haben will, wirklich ein gutes Licht auf den jeweiligen Politiker werfen.

Dass in einer Demokratie nie ausnahmslos alle zufriedengestellt werden können, ist eigentlich auch gesellschaftlicher Konsens. Und doch fühlen sich immer diejenigen persönlich angegriffen, deren Meinung schlussendlich nicht der Mehrheit entsprochen hat, selbst wenn sie noch vor kurzer Zeit den Prozess der politischen Entscheidungsfindung gelobt haben, als die Entscheidung ihren Vorstellungen entsprach. So mag es zu Hochzeiten der Corona-Pandemie den ein oder anderen Bürger gegeben haben, der die Restriktionen und Schutzmaßnahmen zunächst für sinnvoll erachtet hat, dann aber doch über das harte Durchgreifen des Staats erstaunt war, als er sich selbst nicht ganz so penibel an diese gehalten hat und sich dann über diese Entscheidung der Politiker echauffiert hat. Und diese subjektiven und ambivalenten Gefühle zu politischen Entscheidungsprozessen sind ja auch völlig legitim, solange ein jeder sich eben genau dieses Umstandes bewusst ist und diese persönliche Frustration nicht in Form von Hass gegen Gruppen mit anderer Meinung oder bestimmte Politiker richtet. Denn sonst kann es schnell passieren, dass „die Sachbezogenheit zugunsten des Hasses in den Hintergrund tritt“, so Piorkowski in seinem Text „Klar denken in der Empörungsdemokratie“. Er erkennt richtig: „Der freie Diskurs kann nur funktionieren, wenn es zivilisatorische Standards und somit auch Grenzen des Sagbaren gibt“. Solche Grenzen des Sagbaren entstehen zum Beispiel durch historisches Bewusstsein, oder das Überschreiten einer bestimmten sprachlichen Grenze gilt schlichtweg als Straftatbestand. Aufgrund der Geschichte ist sich unsere heutige Gesellschaft insgesamt einig, dass das N-Wort keine kontextlose Verwendung mehr finden sollte, und den Holocaust zu leugnen ist illegal.

Ohnehin ist es für die eigene, freie und selbstbestimmte politische Entscheidungsfindung ratsam, mit einer gewissen und notwendigen Distanz auf die Empörungen online und auch offline zu blicken. Ansonsten läuft man Gefahr, sich durch konzeptionelle Metaphern (also eigentlich alltägliche und oft unbemerkte Metaphern, die unser Denken allerdings unterbewusst stark in eine Richtung lenken können) und Frames, die einen ganz bestimmten Deutungsrahmen vorgeben und dabei andere Ansätze im Schatten lassen, von den extremen und polarisierenden Meinungsbeiträgen und deren Urhebern manipulieren zu lassen. Gleichzeitig kann diese Meinungs- und Informationsvielfalt dazu genutzt werden, verschiedene Perspektiven einzunehmen, um auf ein Problem zu schauen und somit eine Demut vor anderen Meinungen und Ansichten zu entwickeln. Das wirkliche politische Streiten hingegen sollte man wohl doch den ‚Streitprofis‘, also den Abgeordneten im Parlament, überlassen, die dafür bezahlt werden. In der repräsentativen Demokratie ist es nämlich Aufgabe der Abgeordneten im Parlament, in der Rolle des Stellvertreters politische Entscheidungen zu treffen. Und auch über die schwierigen Aufgaben der Abgeordneten, wie die der Entscheidungs- und/oder Konsensfindung bei Themen, die eine starke Polarisierung fast schon zu erzwingen scheinen, auch über diese Schwierigkeiten sollte man sich stets bewusst sein, bevor man seinem politischen Frust durch einen oder mehrere Hasskommentar(e) Ausdruck verleiht.

Denn ohne Konsensfähigkeit bei grundlegenden Themen fehlen die Grundbausteine für eine funktionierende Diskussionskultur, in der es durchaus Differenzen und verschiedene Lösungsansätze sowie Alternativen geben darf. Ohne diese kommt es schnell zu Radikalisierung durch Unzufriedenheit.

Heribert Prantl führt in seinem Text „Ein Hoch auf den Kompromiss“ als Beispiel für diesen Prozess die Gründung der AfD als Reaktion auf die TINA („There is no alternative!“)-Politik Merkels an und macht so deutlich, wie wichtig die Offenheit gegenüber anderen politischen Positionen und der politische Meinungsdiskurs für unsere Demokratie sind.

Ohne diesen und die generelle Verständigungsbereitschaft der verschiedenen Meinungsvertreter kann man der Komplexität der aktuellen politischen Fragen unmöglich gerecht werden. Transparenz, Ehrlichkeit und Offenheit sind die wichtigsten Verständigungsstrategien sowohl zwischen Bürgern und Politikern, als auch untereinander, die für eine gelungene Kommunikation und eine nachhaltige Entscheidung von Bedeutung sind.

Im Prozess der politischen Entscheidungsfindung ist es also einerseits wichtig, dass politische Gegenspieler diskutieren und gleichzeitig verschiedene Meinungsströmungen unserer vielseitigen Gesellschaft repräsentieren, andererseits sollte dieses Prinzip nicht zum vollständigen Entfernen voneinander führen. Dadurch würde politische Entscheidungsfindung in unserer Demokratie unmöglich.